

## Entschließung

Die Bundesregierung bzw. die zuständigen Bundesminister werden ersucht, sich auch künftig für die Ziele und Grundsätze der österreichischen Anti-Atom-Politik entsprechend dem Regierungsprogramm einzusetzen und dabei insbesondere

-ihre Bemühungen zu einer Reform des EURATOM-Vertrages, welche u.a. als Ziel die Eliminierung des Förderzweckes und den Ausbau des Schutzzweckes (u.a. umfassende Sicherheitsnormen, Gesundheitsschutz der Bevölkerung, Non-Proliferation Überwachungssystem) haben, konsequent weiter fortzusetzen und daher in Kooperation mit anderen Mitgliedsstaaten Initiativen zur ehestmöglichen Einberufung einer Revisionskonferenz des EURATOM-Vertrags weiter zu unterstützen;

-sich für einen fairen, der Kostenwahrheit verpflichteten Wettbewerb zwischen der Atomenergie und anderen Energiegewinnungsformen einzusetzen;

- der Wahrung der Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung in Bezug auf grenznahe AKWs durch entsprechende Maßnahmen größte Aufmerksamkeit zu widmen.